

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 85 (2007)
Heft: 4

Artikel: "Die Ordnung ist wiederhergestellt." : Das Massaker von Genf vor 75 Jahren
Autor: Koller, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-342029>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die Ordnung ist wiederhergestellt.» – Das Massaker von Genf vor 75 Jahren

Am 9. November 1932 ereignete sich in Genf ein folgenreiches Blutbad. Anlass war eine Veranstaltung der faschistischen «Union Nationale», gegen die rund 8000

Christian Koller

Personen, hauptsächlich Anhänger der Linksparteien und Gewerkschaften, demonstrierten. Nachdem die überforderte Polizei durch eine Militäreinheit aus der Lausanner Rekrutenschule verstärkt worden war, eskalierte die Situation. Um 21.34 Uhr feuerten die Rekruten ohne Vorwarnung in die Menge; es gab 13 Tote und über 60 Verwundete. Als erster wurde mit Henri Fürst der Präsident der Kommunistischen Partei des Kantons Genf erschossen. Das älteste der allesamt männlichen Todesopfer war der 57-jährige Bäckermeister Gabriel Loup, das jüngste der 25-jährige Handlungsgehilfe Jean-Pierre Larderaz. Ein Opfer, der 25-jährige Bankangestellte Oscar Maurer, wurde auf dem Heimweg von einem Abendkurs getötet.

Es war dies nicht das erste Mal, dass die Schweizer Armee gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt wurde. Seit den 1860er Jahren war es bei Streiks

und Arbeiterdemonstrationen regelmässig zu militärischen Ordnungseinsätzen gekommen. Erstmals wurde 1860 die Armee gegen einen Streik in Lausanne aufgeboten. 15 Jahre darauf gab es die ersten Opfer, als die Truppe in Göschenen anlässlich des Baus des Gotthardtunnels in eine Demonstration streikender italienischer Bauarbeiter schoss, vier davon tötete und zwölf weitere schwer verletzte. Im selben Jahr wurden Armeeeinheiten auch gegen Streikende in Wohlen und im Solothurner und Baselbieter Jura eingesetzt. Grössere militärische Ordnungseinsätze gab es sodann in den Jahren 1898 (Genfer Bauarbeiterstreik), 1902 (Genfer Generalstreik), 1903 (Basler Maurerstreik), 1904 (Maurerstreik in La Chaux-de-Fonds und Bauarbeiterstreik beim Rickentunnel), 1905 (Metallarbeiterstreik in Rorschach), 1906 (Metall- und Bauarbeiterstreiks in Albisrieden und Zürich), 1907 (Metallarbeiterstreik in Hochdorf, Maurerstreik in St. Moritz, Generalstreik in der Waadt) und 1912 (Zürcher Generalstreik). Insgesamt wurde in den drei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg von kantonalen Behörden im Streikkontext 38-mal Militär aufgeboten oder auf Pikett gestellt, wobei der Einsatz in 22 Fällen

über blosser Bewachungsaufgaben hinausreichte.

Im November 1917 kam es nach einer Kundgebung der Sozialistischen Jugend auf dem Zürcher Helvetiaplatz, an der unter dem Eindruck der russischen Oktoberrevolution in einigen Reden zum Umsturz auch in der Schweiz aufgerufen worden war, vor der Polizeiwache 4, in der die Redner einer Veranstaltung vom Vortag einsassen, zu stundenlangen Strassenschlachten zwischen zumeist jugendlichen Arbeitern und Polizei und Militär, bei denen beide Seiten Schusswaffen einsetzten. Drei Arbeiter und ein Polizist wurden getötet. Von massiven Militäraufgeboten war sodann der Landesstreik vom November 1918 begleitet. Dabei wurden – nachdem der Streik bereits abgebrochen war – in Grenchen drei Streikende erschossen. Im folgenden Jahr kamen bei lokalen Generalstreiks in Basel und Zürich militärische Ordnungstruppen zum Einsatz und töteten in Basel fünf und in Zürich einen Demonstranten.

Dass es nach einer vorübergehenden Beruhigung in den zwanziger Jahren 1932 gerade in Genf zu einem folgeschweren militärischen Ordnungseinsatz kam, war kein Zufall. Die Stadt war von der 1929 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise in besonderem Masse betroffen; im Jahre 1932 waren über 8000 Personen ohne Arbeit. Angesichts der Zunahme von Elend und Arbeitslosigkeit, die durch die behördlich mitgetragene Lohnabbaupolitik noch verschärft wurde, nahmen die Arbeitskämpfe an Heftigkeit zu und zerbrach auch die noch aus dem späten 19. Jahrhundert stammende Allianz zwischen Radikalen (Freisinnigen) und Sozialisten. An ihre Stelle trat eine zunehmende Polarisierung zwischen rechts und links. Die SP unter Führung des wortgewaltigen Linksozialisten Léon Nicole ging aus den kantonalen Wahlen von 1930 mit 37

Mandaten zwar als weitaus stärkste Kraft hervor, war aber in der siebenköpfigen Kantonsregierung nicht vertreten und wurde zunehmend unnachgiebig. Die Gewerkschaften radikalisierten sich durch hitzige Militante wie Lucien Tronchet, der unter dem Dach des Bau- und Holzarbeiterverbandes die etwa hundertköpfige anarchosyndikalistische «Ligue d'action du bâtiment» organisierte, welche in mehreren Arbeitskämpfen zu Sabotageaktionen griff.

Auf der rechten Seite wurden die traditionellen bürgerlichen Parteien durch mehrere politische und Finanzskandale erschüttert, während zugleich autoritäres Gedankengut zunehmende Popularität genoss. Im Jahre 1931 deckte die Linke Unregelmässigkeiten im Zusammenhang mit einer Rettungsaktion zugunsten der «Banque de Genève» auf, der trotz katastrophaler Finanzlage öffentliche Gelder zugeflossen waren. Daraufhin sah sich ein freisinniges Regierungsmitglied zum Rücktritt gezwungen. Gleichwohl bekämpften die Bürgerlichen aber erfolgreich eine sozialdemokratische Steuerinitiative, welche die Vermögenden stärker belasten wollte.

Innerhalb des bürgerlichen Lagers befanden sich die antiliberalen Kräfte klar auf dem Vormarsch. Die christlichen Gewerkschaften machten sich für eine korporative Neuordnung der Arbeitsbeziehungen stark, die den Klassenkampf durch «gemeinschaftliche» Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern überwinden sollte. Ein solches Modell praktizierte bereits das faschistische Italien und sollte wenige Jahre später auch von den autoritär-klerikalen Regimes Portugals und Österreichs eingeführt werden. Auch Papst Pius XI. sprach sich in der 1931 veröffentlichten Enzyklika «Quadragesimo anno» für in diesem Sinne ausgestaltete «berufsständische» Körperschaften aus.

Zudem betraten schon vor dem «Fronfrühling» in der Deutschschweiz neue, rechtsextreme Kräfte das politische Parkett des Stadtkantons. Im Jahre 1930 gründete der Antisemit und Mussolini-Bewunderer Georges Oltramare die faschistische Partei «Ordre Politique National». Im Sommer 1932 fusionierte diese Gruppierung mit der «Union de défense économique», einer bereits 1923 gegründeten rechtsbürgerlichen Partei, die militant gegen jede Form von Sozialismus, Etatismus und Modernität kämpfte und ihre Anhänger im Mittelstand und der Unternehmerschaft hatte. Die vereinigte Partei nannte sich «Union Nationale» und vertrat unter dem Motto «Eine Lehre, ein Glaube, ein Führer» offen antidemokratische Ziele. Sie hetzte gegen Marxismus und Judentum und wollte an die Stelle der bestehenden Ordnung ein autoritär-korporatistisches System setzen. Die Parteianhänger paradierten als getreue Kopie ihrer ausländischen Vorbilder zu Marschmusik und uniformiert mit Baskenmützen und grauen Hemden durch die Strassen der Calvinstadt. Der Wähleranteil dieser faschistischen Bewegung schnellte rasch auf gegen zehn Prozent. Die bürgerlichen Parteien behandelten sie als Bündnispartnerin im gemeinsamen Kampf gegen die Linke.

Für den 9. November 1932 lud die «Union Nationale» in den Gemeindesaal von Plainpalais zu einer als «öffentliche Anklage» gegen die sozialdemokratischen Parteiführer Léon Nicole und Jacques Dicker deklarierten Veranstaltung. Nachdem die Kantonsregierung ein Begehren der SP nach Verbot der Kundgebung abgelehnt hatte, organisierte diese eine Gegendemonstration. Die bürgerliche Kantonsregierung wurde im Verlauf des Tages davon unterrichtet, dass diese Demonstration in Unruhen überzugehen drohe. Eine Lagebeurteilung ergab, dass die Zahl der zur Verfügung stehenden Polizeikräfte nicht ausreiche, um die

befürchteten Ausschreitungen zu unterdrücken. Der Staatsrat forderte deshalb beim Eidgenössischen Militärdepartement Verstärkung an, worauf über 600 Mann der Lausanner Infanterierekrutenschule, die sich in der sechsten Ausbildungswoche befand, nach Genf beordert wurden. Nach dem Blutvergiessen zogen es die meisten Demonstranten vor, nach Hause zu gehen. Lediglich eine vor allem aus Kommunisten und Anarchisten bestehende Gruppe von 200 bis 300 Personen zog unter dem Ruf «Assassins!» und Absingen der «Internationale» durch die Strassen. Um Mitternacht kehrte Ruhe ein.

Am Morgen des folgenden Tages waren verschiedene öffentliche Gebäude mit Militär belegt. Léon Nicole und weitere sozialistische Parteiführer wurden verhaftet. Im Laufe des Tages traf der katholisch-konservative Bundespräsident Giuseppe Motta in Genf ein und stellte befriedigt fest, die Ordnung sei wiederhergestellt. Genauso wie für ihn war auch für die bürgerliche Presse klar, dass die Schuld an den Ereignissen die sozialistischen und kommunistischen «Revolutionsköche» treffe, allen voran den «Hetzer Nicole», der «für seinen berstenden Überfluss an Gift und Galle einen Auslass auf die Strasse finden» musste.¹ Die «Neue Zürcher Zeitung» benutzte die Ereignisse gar zu einer generellen Attacke gegen die Demonstrationsfreiheit. In einem Artikel mit dem Titel «Politik der Strasse» verneinte das Leibblatt des Zürcher Freisinns die Frage, ob es ein «Recht auf die Strasse» gebe, vehement. In der direkt-demokratischen Schweiz habe die «Strassenpolitik», die «von unseren sozialistisch-kommunistischen Parteien ausländischen Vorbildern nachgeahmt worden» sei, keine Berechtigung. Insgesamt war die «Strassenpolitik», wozu

¹ Der Bund, 11.11.1932.

«öffentliche Massenversammlungen» und angeblich häufig in «roten Terror» ausartende Demonstrationen gezählt wurden, für die NZZ ganz klar ein nur von der «marxistischen Bewegung» benutztes Instrument.² Aufmärsche wie der «vaterländische» Fackelzug vom September 1933, als die Freisinnigen im Rahmen einer Wahlallianz zusammen mit den Frönlern durchs Zürcher Arbeiterquartier Aussersihl zu paradien versuchten, waren in den Augen der NZZ offenbar etwas ganz anderes ...

Innerhalb der Linken diskutierte man am Tag nach den Genfer Ereignissen die Proklamation eines lokalen Generalstreiks. Schliesslich wurde für den darauffolgenden Samstag, an dem die Opfer begraben wurden, zu einer Arbeitsniederlegung aufgerufen, die aber nur unvollständig befolgt wurde. In mehreren Schweizer Städten fanden indessen Solidaritätskundgebungen statt, welche die Behörden mit erneuten militärischen Pikettstellungen beantworteten.

Damit war die Affäre aber noch lange nicht ausgestanden. Als im folgenden Monat die eidgenössischen Räte über die Erneuerung der Subvention für den Arbeitersportverband SATUS zu befinden hatten, versandte der rechtsbürgerliche «Schweizerische Vaterländische Verband» im Vorfeld an nahe stehende Parlamentarier Briefe, in denen dem SATUS eine wesentliche Rolle bei den Genfer Ereignissen angedichtet wurde. Als die Räte daraufhin beschlossen, die Subvention nicht zu erneuern, wurde von sozialdemokratischer Seite der Verdacht geäussert, die Streichung sei eine «Rache für Genf».

Im Mai 1933 wurde Léon Nicole vom eidgenössischen Schwurgericht wegen seiner angeblichen Rolle bei den No-

vemberereignissen zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Ein halbes Jahr darauf feierte er indessen ein spektakuläres Comeback. Kaum aus dem Gefängnis entlassen, wurde er im November 1933 in die Genfer Regierung gewählt, dies zusammen mit drei anderen Genossen. Damit bestand in Genf als schweizweite Premiere eine sozialdemokratische Regierungsmehrheit auf kantonaler Ebene. Gleichzeitig errang die SP auch die Mehrheit in der Stadtregierung von Lausanne. Der bürgerliche Bankenskandal und die blutigen Ereignisse vom November 1932 waren offensichtlich über die Kantons Grenzen hinaus in Erinnerung geblieben. Im Genfer Kantonsparlament legte die SP zwar kräftig zu auf 45 Mandate, die Rechtsparteien konnten hier aber ihre Mehrheit behaupten. Dies führte dazu, dass der linken Genfer Regierung in den folgenden Jahren systematisch die finanziellen Mittel beschnitten wurden.

In den Wahlen von 1936 eroberten die bürgerlichen Parteien, die sich inzwischen zur «Entente nationale» zusammengeschlossen hatten, mit Unterstützung der «Union Nationale» die Regierungsmehrheit zurück. Die Agenda der Entente-Regierung griff denn auch Anliegen von Oltramares Bewegung auf. Ein korporatistisch inspirierter Versuch zur staatlichen Regulierung der Arbeitsbeziehungen konnte von der Linken unter Berufung auf die Handelsfreiheit (!) zu Fall gebracht werden. Hingegen setzte die Genfer Regierung schon im Juni 1937 ein kantonales Verbot der Kommunistischen Partei durch. Der daraufhin einsetzende Zustrom von Kommunisten zur Genfer SP drängte diese weiter nach links und führte zu immer stärkeren Konflikten mit der nationalen Mutterpartei. Anfang 1939 bereiste Léon Nicole die Sowjetunion und kehrte aus dem Arbeiter- und Bauernparadies voller Bewunderung für Stalin zurück.

² NZZ, 12.11.1932.

Zum definitiven Bruch mit der SP kam es schliesslich im Herbst 1939. Nachdem Nicole den zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hinführenden Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 gutgeheissen hatte, wurde er im September aus der Partei ausgeschlossen. Grosse Teile der Genfer und Waadtländer SP-Sektionen schlugen sich aber auf die Seite Nicoles und gründeten als neue Partei die «Fédération socialiste suisse». Diese Gruppierung wurde vom Bundesrat im Jahre 1941 verboten, fusionierte daraufhin mit der inzwischen ebenfalls landesweit illegalisierten Kommunistischen Partei und wurde zu einer Keimzelle der nachmaligen Partei der Arbeit. Als die Landesregierung nach der durch die Schlacht von Stalingrad symbolisierten Wende im Weltkrieg die Neugründung einer prosowjetischen Partei zulies, wurde Nicole im Oktober 1944 Präsident der PdA, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit einige spektakuläre Wahlerfolge feierte und in Genf zur weitaus grössten Partei aufstieg. Einige Jahre darauf brach Nicole indessen auch mit dieser Partei. Im Februar 1952 legte er sein Amt als Direktor der Parteizeitung «Voix ouvrière» wegen Differenzen in der Frage der schweizerischen Neutralität nieder und bezichtigte die PdA des Nationalismus sowie der Sympathie für den jugoslawischen Staatschef Tito, der mit der Sowjetunion gebrochen hatte, einen eigenen Weg zum Sozialismus propagierte und sich aussenpolitisch als blockfrei verstand. Nicole wurde daraufhin im Dezember 1952 aus der PdA ausgeschlossen und gründete mit dem «Parti progressiste» erneut eine eigene Partei, die in Genf vorübergehend einige Mandate gewinnen konnte. Im Juni 1965 verstarb er nach langer schwerer Krankheit.

Auch die weitere Laufbahn von Georges Oltramare, Nicoles Kontrahenten von 1932, war verschlungen. Im Dezember

1935 nahm er an einem internationalen faschistischen Kongress in Montreux teil und traf sich dort mit Persönlichkeiten wie José Antonio Primo de Rivera, dem Gründer der spanischen «Falange», oder Ante Paveli, dem nachmaligen Diktator des kroatischen Ustasha-Staates. Oltramare vom faschistischen Italien finanziell unterstützte «Union Nationale» gewann im Bündnis mit den bürgerlichen Parteien bei den Genfer Wahlen von 1936 zehn Parlamentsmandate. Im folgenden Jahr zählte die «Union» in Genf gegen 2000 Mitglieder und Oltramare organisierte mehrere spektakuläre Aktionen. Im Mai 1937 unternahm er eine Aufsehen erregende Reise nach Rom, wo er mit einer Gruppe von Aktivisten von Mussolini persönlich empfangen wurde. Der «Duce» unterstützte Oltramare nicht zuletzt deswegen, weil er ihn im Abessinienkrieg als Verbündeten in Genf gegen den Völkerbund brauchte. Im selben Monat inszenierte Oltramare zusammen mit dem Zürcher Frontenführer Rolf Henne einen «Marsch auf Bern». Am Morgen des 23. Mai fuhren etwa 200 Autos mit Frontisten von Genf, Zürich, Basel, Schaffhausen und aus dem Aargau in die Bundeshauptstadt. Gegen zehn Uhr marschierten etwa 1000 Personen vor das Bundeshaus, wo Oltramare und Henne von einem Auto herab gegen «das System» wetterten und den Ausschluss von Juden und Freimaurern aus dem öffentlichen Leben forderten. Bei einem anschliessenden Umzug durch die Stadt kam es zu Scharmützeln mit der Polizei. Gegen Mittag nahmen die beiden Frontenführer von ihren vorbeidefilierenden Anhängern, die zuvor noch die Fensterscheiben eines Strassenbahnwaggon eingeschlagen hatten, den Faschistengruss entgegen, dann war der Spuk vorbei.

Im Jahre 1939 bemühte sich Oltramare um eine Fusion der «Union Nationale» mit der Genfer Liberalen Partei.

Nach dem Scheitern dieses Projektes verliess er die Bewegung, die in der Folge von der Bildfläche verschwand. Nach der Niederlage Frankreichs im Frühjahr 1940 begab sich Oltramare in die Dienste des Kollaborationsregimes von Vichy und der deutschen Besatzungsmacht, für die er in Presse und Rundfunk propagandistisch tätig war. So redigierte er für «Radio Paris» die antisemitische Satiresendung «Les juifs contre la France». Im September 1944 flüchtete er vor dem alliierten Vormarsch nach Deutschland, wurde dort aber kurz darauf von alliierten Truppen verhaftet und in die Schweiz ausgewiesen. Im April 1945 wurde er wegen Gefährdung der schweizerischen Unabhängigkeit angeklagt, im folgenden Jahr indessen auf Intervention einflussreicher Freunde freigelassen. 1947 erfolgte eine erneute Anklage und Verurteilung zu drei Jahren Gefängnis. Im Januar 1950 verurteilte ein französisches Gericht Oltramare in Abwesenheit zum Tode. Sein letztes Lebensjahrzehnt verbrachte er in Franco-Spanien sowie in Ägypten, wo er für den sozialistisch-nationalistischen General und Revolutionsführer Gamal Abdel

Nasser den antiisraelischen und antiimperialistischen Propagandasender «La Voix des Arabes» leitete. In seinem Todesjahr 1960 publizierte Oltramare unter einem Pseudonym schliesslich noch eine Sammlung erotischer Gedichte.

Die Ereignisse vom November 1932 blieben tief im kollektiven Gedächtnis der Genfer und Schweizer Linken haften. Auch wenn die SP und der Gewerkschaftsbund wenige Jahre darauf im Zeichen der «Geistigen Landesverteidigung» und der faschistischen Bedrohung ihren grundsätzlichen Antimilitarismus aufgaben und den «bewaffneten Grenzschutz» anerkannten, blieb das Verhältnis zur Armee stets gespalten. In Genf selber lebt eine armeekritische Stimmung bis heute weiter. Der Umstand, dass der Kanton Genf im November 1989 der eidgenössischen Volksinitiative für die Abschaffung der Armee und eine umfassende Friedenspolitik als einziger Stand neben dem auf eine separatistische Entstehungsgeschichte zurückblickenden Kanton Jura zustimmte, war eine Langzeitwirkung von 1932.